

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Daniel Freund (KV Aachen)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 172 bis 174:

Mit Bürgerräten besteht die Möglichkeit, den Rat der Menschen als „Expert*innen des Alltags“ in einem repräsentativen Verfahren einzuholen. ~~Auch das~~ Das gilt es zu stärken. Wir wollen eine weitere Institutionalisierung von Bürger*innenräten, unter anderem durch direktdemokratische Verfahren zu einzelnen Beratungsergebnissen.

Begründung

Die stärksten Erfolge von Bürger*innenräten waren da möglich, wo das Beratungsergebnis durch ein Referendum bestätigt wurde, z.B. in Irland für die Legalisierung von Abtreibungen und der Ehe für alle. Die Beratungsergebnisse der ersten beiden Bürger*innenräte in Deutschland zur Rolle in der Welt und gesunder Ernährung flossen deutlich weniger in Gesetze ein. Auch bei Volksinitiativen in allen 16 Bundesländern gibt es die Möglichkeit eines Referendums. Auch wegen dieser Möglichkeit lassen sich Landesregierungen und Länderparlamente oft auf einen Kompromiss mit Initiativen für Gesetzesänderungen ein, die ein Referendum dann gar nicht nötig machen. Klar ist in Deutschland immer: Gerichte stellen sicher, dass direkte Demokratie nie Grundrechte in Frage stellen kann.

weitere Antragsteller*innen

Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Claudia Müller (KV Wangen); Carmen Busch (KV Ahrweiler); Dagmar Klein (KV Viersen); Anne Birkelbach (KV Paderborn); Susanna Kahlefeld (KV Berlin-Neukölln); Anna Meike Reimann (KV Mettmann); Astrid Vogelheim (KV Aachen); Gerhard Nobis (KV Harburg-Land); Jens Steiner (KV Borken); Andreas Leyer (KV Solingen); Marius Vieten (KV Mettmann); Thomas Löblein (KV Fürstenfeldbruck); Peter Frieders (KV Aachen); Christina Lantwin (KV Wesel); Michael Kock (KV Koblenz); Jan Lobermeier (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Cim Kartal (KV Bielefeld); sowie 67 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.